

**DIE STADTPRÄSIDENTIN
DER HANSESTADT LÜBECK
Gabriele Schopenhauer**



23539 LÜBECK, 3. Juni 2010
RATHAUS
TEL.: 0451 - 122 - 1100
FAX: 0451 - 122 - 1015

Herrn
Ministerpräsident
Peter Harry Carstensen
Düsternbrooker Weg 104
24105 Kiel

| | |
|-----------------------|---------------|
| Universität zu Lübeck | |
| - Präsidium - | |
| Eing. | 08. JUNI 2010 |
| Buch-Nr.: | |
| Anlagen: | |
| P | II |

Handwritten signatures and initials: "Pres.", "LW/KCC", "ed-Ku"

Resolution der Lübecker Bürgerschaft vom 27.05.2010

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Bürgerschaft hat in ihrer Sitzung am 27.05.2010 zu Punkt 4.12 mit Drs. Nr. 526 folgenden interfraktionellen Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Fraktion, der Fraktion Bürger für Lübeck, der CDU-Fraktion sowie der fraktionslosen Mitglieder Frau Dr. Stamm und Herrn Teschke die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

**Keine Privatisierung des UKSH –
Keine Zerschlagung des Universitätsstandortes Lübeck!**

Die die Landesregierung tragenden Fraktionen von CDU und FDP haben sowohl die vollständige Privatisierung der UKSH wie auch die Einstellung des Medizinstudiengangs an der Universität zu Lübeck beschlossen. Die Beschlüsse treffen die Hansestadt Lübeck in ihren, über die Grenzen Schleswig-Holsteins hinaus anerkannten Standortkriterien der medizinischen Maximalversorgung in öffentlicher Trägerschaft wie auch als qualifizierter Hochschulstandort. Die Folgen werden in weit über die Stadtgrenzen Lübecks hinaus liegenden Regionen ihre Wirkungen auf den jeweiligen Arbeitsmärkten, den Alternativen an qualifizierter Ausbildung, und damit auf die kommunalen Perspektiven einer zukunftsorientierten Stadtentwicklungen zeigen.

- 1. Entscheidung der Privatisierung des UKSH: Das UKSH ist mit über 10.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Schleswig-Holstein und der einzige Träger der medizinischen Maximalversorgung im Land. Schleswig-Holstein darf nicht zum einzigen Bundesland werden, in dem die öffentliche Verantwortung für die medizinische Maximal-Versorgung komplett privatisiert wird. Die Lübecker Bürgerschaft fordert die Landesregierung auf sofort alle Pläne zur Privatisierung des UKSH zu stoppen!*

Der vorhandene Sanierungs- und Investitionsbedarf am UKSH erfordert große Anstrengungen von allen Beteiligten, kann aber durch öffentliche und private Partnerschaftsmodelle sowie durch Einbeziehung der Hochschulbaumittel des Bundes abgesichert werden. Die Umsetzung des "Baulichen Masterplan" war noch im Jahr 2009 das Ziel der Landesregierung. Die Lübecker Bürgerschaft fordert die Landesregierung auf an der Umsetzung des "Baulichen Masterplans" festzuhalten!

Die Beschäftigten des UKSH haben in der Vergangenheit erhebliche Opfer an Arbeitszeit, Einkommen und Arbeitsqualität auf sich genommen, um das UKSH zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu sichern. Neuerliche Verkaufsgelüste sind auch ein Ausdruck von Respektlosigkeit gegenüber den Anstrengungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am UKSH. Eine weitere Verunsicherung der Beschäftigten wird sich zwangsläufig auch auf die Qualität der medizinischen Versorgung auswirken. Die Lübecker Bürgerschaft fordert die Landesregierung auf keinen peinlichen Wortbruch an den langfristigen Vereinbarungen mit den Beschäftigten zu begehen!

Die erneuten Pläne zur Privatisierung des UKSH bedeuten zugleich eine Bestandsgefährdung für die Universität Lübeck, deren Existenz von der engen Verzahnung mit dem Universitätsklinikum Lübeck geprägt ist.

2. Die Hansestadt Lübeck hat es durch eine, über alle Grenzen hinausgehende, jahrzehntelang greifende Solidarität geschafft, den Standort Lübeck als qualifizierten Hochschulstandort sowohl national wie vor allem auch international bekannt und anerkannt zu machen.

Der Erfolg des Standortes „Universität Lübeck“ zeigt sich darin, dass die Universität insbesondere in dem Studiengang Medizin von dem Zentrum für Hochschulentwicklung (CHE) seit langem an Platz 1 in Deutschland gerankt wird.

Einer Universität,

- die als kleinste staatliche Universität in Deutschland u. a. höchst erfolgreich an der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder mit einer Graduiertenschule und gemeinsam mit der CAU Kiel und dem Forschungszentrum in Borstel an einem Exzellenzcluster beteiligt ist,
- die den diesjährigen Leibnizpreisträger hervorgebracht hat
- die über zwei Sonderforschungsbereiche und zwei klinische Forschergruppen der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) verfügt,

ihren wissenschaftlichen Boden unter den Füßen wegziehen zu wollen, bedeutet für die Universität, bedeutet für den Hochschulstandort Lübeck den Super-GAU. Ohne Medizin wird es im weiteren keine Medizintechnik mehr geben, und somit wäre die Universität Lübeck, der Universitätsstandort Lübeck nicht mehr überlebensfähig!

Die Folgewirkungen des Endes des Studiengangs Medizin reichen aber noch weiter, würden rasch zu enormen Verschlechterungen, ja zum Ende jedweder Drittmittelprojekte in Lübeck führen. Drittmittelprojekte die konkret auslaufen würden, deren Existenz von der Förderung abhängig sind, würden aufgrund des Beschlusses von keinem Drittmittelgeber mehr gefördert werden.

Die Landesregierung widerspricht mit ihrer Entscheidung ihrem eignen Entwurf eines landesweit wirkenden Wissenschaftsstandortes Schleswig-Holstein. In diesem Entwurf wurde Lübeck stets als der Medizintechnik-Standort des Landes bezeichnet.

Auch das vom Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr, de Jager als vorbildliches, hervorragendes Konzept bezeichnete Modell des „Wissenschaftscampus Lübeck“ steht vor dem Aus. Die hier neben der Universität Lübeck und der Fachhochschule Lübeck beteiligten Arbeitsgruppen EMB und Safir des Fraunhofer Instituts, das Forschungszentrum Borstel, die alle beteiligt sind am dem Projekt „Univision 2020“, werden in Zukunft den „unsicheren“ Wissenschaftsstandort Lübeck meiden!

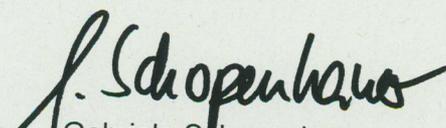
Die Folgen die sich aus diesen Beschlüssen heraus nicht nur für die in dem Bereich der Universität Lübeck und dem UKSH Campus Lübeck direkt Beschäftigten ca. 5000 Menschen, sondern auch für die Beschäftigten der unzähligen Zuliefererfirmen und insbesondere der sich aufgrund der nahegelegenen, hochqualifizierten Universität in Lübeck und seiner Umgebung niedergelassenen Unternehmen ergeben, sind heute gar nicht abschätzbar.

Die Hansestadt Lübeck verliert sowohl durch eine Privatisierung der UKSH, wie auch durch die Schließung der medizinischen Hochschulausbildung zwei ihrer fundamentalen standortpolitischen Zukunftsperspektiven.

Die Lübecker Bürgerschaft fordert die Landesregierung auf die Beschädigung des Medizinstandortes Lübeck und den drohenden Verlust des Wissenschaftsstandortes Lübeck zu beenden!

Als Vorsitzende der Lübecker Bürgerschaft bitte ich Sie, sich entsprechend im Sinne der Resolution zu verwenden.

Mit freundlichen Grüßen


Gabriele Schopenhauer

Nachrichtlich:

Frau
Bundestagsabgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
Große Burgstraße 51
23552 Lübeck

Frau
Landtagsabgeordnete
Antje Jansen
Nebenhofstraße 5A
23558 Lübeck

Herrn
Landtagsabgeordneten
Hans Müller
Hartengrube 48
23552 Lübeck

Herrn
Landtagsabgeordneten
Wolfgang Baasch
Große Gröpelgrube 32
23552 Lübeck

Herrn
Landtagsabgeordneten
Thomas Rother
Erich-Mühsam-Weg 20 b
23560 Lübeck

Herrn
Landtagsabgeordneten
Gerrit Koch
Travemünder Allee 77
23568 Lübeck

Herrn
Landtagsabgeordneten
Thorsten Fürter
Wossidloweg 11
23568 Lübeck

Universität zu Lübeck
Herrn Prof. Dr. med. Dominiak
Ratzeburger Allee 160
23538 Lübeck

Fachhochschule Lübeck
Prof. Dr. -Ing. Bartels
Mönkhofer Weg 239
23562 Lübeck

Musikhochschule Lübeck
Frau Prof. Römhild
Große Petersgrube 17-29
23552 Lübeck

Bundespolizeiakademie
Herrn Präsidenten Brämer
Ratzeburger Landstraße 4
23562 Lübeck

Durchschriftlich:

An die Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft

CDU

SPD

Bü90 die Grüne

BfL

Die Linke

FDP

BM Dr. Stamm

BM Teschke

BM Voigt

Herrn Bürgermeister Bernd Saxe

Fachbereich II Herrn Senator Schindler

Fachbereich III Herrn Senator Möller

Fachbereich VI Frau Senatorin Borns

Fachbereich V Herrn Senator Boden

1.101 Bürgermeisterkanzlei (betr. Auftrags erledigung)